

Peter Weissenburger
Unisex

Elende Diskussionen wie gesprungene Platten

Sieht Ihnen die Silvesterdebatte schon bis hier? Mir auch. Diskussionen wie die um die jugendlichen Angreifer in Berlin sind wie eine gesprungene Platte. „Wir müssen *dringend* über Integration sprechen“, gefolgt von „Hier ist ganz anderes entscheidend als die Herkunft“; darauf kommt „Ihr verschließt die Augen, sobald es um Ausländer geht“, dann „Tun wir gar nicht“ und „Tut ihr wohl“. Dann fühlt sich eine Innenministerin bewegt, klare Kante zu zeigen, ein paar Meinungsmacher*innen plustern sich auf und am Ende haben weder angegriffene Rettungskräfte was davon, noch „Integrationswillige“.

Sie schalten schon ab? Dann zu etwas völlig anderem. Seit Jahrzehnten fehlt in Deutschland eine menschenwürdige Regelung des amtlichen Geschlechts. Seit sechs Jahren ist sie vom Verfassungsgericht beauftragt. Seit zwei Jahren verspricht die Regierung ein Selbstbestimmungsgesetz. Und jedes Mal, wenn es fast kommt, springt die Platte. Dann heißt es von irgendwoher: „Aber was ist mit Frauensauern?“

Das Fallkonstrukt geht so: Jemand betreibt eine Frauensauna und behält sich das Privileg vor, Leute, „die wie Männer aussehen“ an der Tür abzuweisen. Nach Selbstbestimmungsgesetz, so die Mahnung, könnte eine abgewiesene trans Frau ja mit ihrem Geschlechtseintrag nichts zu tun. Trans Frauen könnten sich jetzt schon in Saunen einklagen. Mir ist nicht bekannt, dass sie das täten. Aber wenn es so wichtig ist, hier juristisch auf Nummer sicher zu gehen und unverhältnismäßige Härte gegen überforderte Saunabetreiber*innen zu verhindern, dann hätte man das längst „sauber regeln“ können. Wohlgeachtet ohne dabei Genitalkontrolle zu legalisieren.

Das Saunabeispiel wurde schon so oft und mit so großer Dringlichkeit wiederholt, dass ich es manchmal ehrlich gesagt selber fast glaube. Dazu muss man aber wissen: Das hat mit der Reform des Geschlechtseintrags nichts zu tun. Trans Frauen könnten sich jetzt schon in Saunen einklagen. Mir ist nicht bekannt, dass sie das täten. Aber wenn es so wichtig ist, hier juristisch auf Nummer sicher zu gehen und unverhältnismäßige Härte gegen überforderte Saunabetreiber*innen zu verhindern, dann hätte man das längst „sauber regeln“ können. Wohlgeachtet ohne dabei Genitalkontrolle zu legalisieren.

Auch Hilfsleitfäden und Schulungen für Mitarbeiter*innen von Saunen und Bädern könnten längst unterwegs sein, Island macht's vor. Stattdessen drehen wir eine Ehrenrunde auf der alten Platte. „Wir müssen jetzt *dringend* über Schutzräume für cis Frauen sprechen“, höre ich schon. „Ihr verschließt die Augen, sobald es um Transgender geht“, „Tun wir gar nicht“, „Tut ihr wohl!“

Fortschritt zugunsten der Schwächeren wird nicht immer aktiv bekämpft. Oft wird er passiv verschleppt. Die Beharrungskräfte des Status quo sind frustrierend unoriginell, das macht sie so perfide. Die meisten Politiker*innen finden weder trans Rechte noch Frauenräume *dringlich*, es sei denn, man kann beides in Scheindebatten gegeneinander ausspielen. Damit fahren sie gut, solange die Mehrheit findet, dass Antidiskriminierung schon auch irgendwie Zeit hat, bis morgen.

Wieso holen die Polizist:innen nicht einfach die Autos statt Menschen von der Straße?
Foto: imago/Steinach



talk of the town

Nicht mehr normal

Warum gilt es als angemessen, dass Hundertschaften Klimaaktivist:innen räumen. Nicht aber, dass sie klimaschädliche Braunkohlebagger stoppen? Ein Gedankenspiel

Von Gereon Asmuth

Das ist ja wieder mal alles ganz normal. Hunderte, vielleicht Tausende Polizist:innen sind seit Mittwoch in Lützerath im Einsatz. Sie räumen das von Aktivist:innen besetzte Dorf an der Abbruchkante zum Braunkohleabbau. Sie kesseln Menschen ein, tragen sie durch die Gegend, schubsen mal hier, drängeln mal dort. Sie holen Aktivist:innen von den Bäumen, schmeißen Holzstützen um, fahren mit Blaulicht durch die Gegend.

Das ist normal. Oder besser gesagt, es gilt als normal, weil es der Rechtslage entspricht. Weil Gerichte den Einsatz bestätigt haben. Weil es um ein von Parlamenten und Regierungen beschlossenes Vorgehen geht. Aber dafür kann die Polizei ja nichts. Sie setzt um, was andere beschlossen haben. So weit so gut?

Auf Facebook schrieb jemand am ersten Tag der Räumung: „Der Tag ist nicht mehr fern, da wird der Bau von Windrädern wie der Abbau von Kohle in Lützerath durchgesetzt werden.“

Klar, das klingt irgendwie gaga. Aber ist es das auch?

Führen wir den Gedanken doch mal zu Ende: Warum ei-

gentlich gibt es keine Einsatzhundertschaften, die in windradresistenten Gegenden die Blockierer:innen vertreiben, damit dort ein paar Anlagen in den Boden gebracht werden können? Und wieso holt die Polizei landauf, landab die Menschen von der Straße, die sich für den Klimaschutz auf den Asphalt kleben, nur um für freie Fahrt für klimaschädliche Autos zu sorgen, anstatt genau diese von den Straßen zu verbannen?

Oder wieso räumt die Polizei eigentlich die paar Hundert Aktivist:innen aus dem kleinen Lützerath, anstatt selbst in die daneben liegende Grube zu springen und die dort nach Kohle grabenden Bagger stillzulegen? Die machen schließlich nicht nur die Gegend zwischen Köln und Aachen kaputt, sondern in logischer Konsequenz gleich noch das Weltklima.

Schon klar, auf solch utopische Weltverdrehungen kann nur ein okoverliebter Schreiblering von der taz kommen. Für alle anderen klingt das – ja was? Lustig?

Ist es aber nicht. Im Gegenteil. Der Klimawandel ist real. Und ein drängendes Problem. Ein sehr drängendes. Und die Aktivist:innen, die gerade in ers-

ter Linie der aus allen Ecken der Republik zusammengetrommelten Polizei, tatsächlich aber vor allem den sich hinter ihr versteckenden Braunkohleverteiler:innen im Wege stehen, fordern ja auch nicht irgendeinen weltfremden Quatsch, sondern genau das, worauf sich die Weltgemeinschaft in einem einmaligen Schritt bei der Klimakonferenz 2015 in Paris geeinigt hat: die Einhaltung des 1,5-Grad-Zieles.

Sie fordern keinen Quatsch, sondern worauf sich 2015 in Paris geeinigt wurde

Und dieses Ziel ist auch nicht irgendeine ice-to-have-schön-dass-wir-mal-drüber-geredet-haben-ansonsten-völlig-egale Absichtserklärung. Nein, es wurde 2015 durch einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts faktisch in den Verfassungsrang gehoben. Je weiter der Klimawandel voranschreitet, umso mehr Gewicht habe dieses Klimaschutzgebot, argumentierte Deutschland höchstes Gericht.

Das es dennoch keine Polizeieinsätze zugunsten des Klimaschutzes gibt, hat mehrere Gründe. Da ist als erstes die aktuelle Bundesregierung. Die behandelt wie ihre Vorgängerin das Paris-Abkommen eben doch wie eine nice-to-have-schön-dass-wir-mal-drüber-geredet-haben-ansonsten-völlig-egale Absichtserklärung. Bei der Umsetzung in Recht und Gesetz hapert es an allen Ecken und Enden.

Damit hat die Polizei natürlich auch keine Handhabe, keinen Auftrag, an irgendeiner Stelle in dieser Richtung tätig zu werden.

Noch wichtiger aber: Klimaschutz, der nur mit einem Großaufgebot der Polizei durchgesetzt werden kann, das erscheint so antiutopisch, so obrigkeitstaatlich, dass man es sich selbst in der buntesten Okofantasie nicht vorstellen mag. Weil es tatsächlich absurd ist.

Eine Frage aber bleibt: Wenn massive Polizeieinsätze im Auftrag des höchstrangigen Klimaschutzes aus guten Gründen immer noch absurd erscheinen, warum zum Kohlebagger sollen sie dann gerade zur Durchsetzung von klimaschädlichem Handeln normal sein?

Die Fünftagevorschau

Mo., 16. 1. Simone Dede Ayivi Diskurspogo

Di., 17. 1. Saskia Hödl Kinderspiel

Mi., 18. 1. Lin Hiersse Poetical Correctness

Do., 19. 1. Noemi Molitor Subtext

Fr., 20. 1. Volkan Aĝar Postprolet

kolumne @taz.de

taz mixtape

Über Popmusik in der taz zu lesen, ist das eine. Wie sich das anhört, was die Autoren da beschreiben, das andere. Deswegen gibt es das Beste aus der Musikberichterstattung der taz Kulturredaktion jeden Freitag in einer Radio-Version: taz Mixtape von und mit Klaus Walter.



countdown lützerath

Die Räumpanzer sind da – und ich bin weg

Der Energiekonzern RWE will den Weiler Lützerath abreißen, um seinen Braunkohleabbau auszuweiten. Die Besetzer:innen wehren sich. Die Räumung ist in vollem Gange. Unsere Autor*innen Aron Boks und Annika Reiß haben mit den Aktivist*innen vor Ort gelebt. Ein Tagebuch

Es ist der 11. Januar und das ganze Dorf ist voller Polizist:innen, die Helme und Schilder tragen. Erst am Tag zuvor hatte ich eine Bezugsgruppe gefunden, die sich mit mir auf den Ernstfall vorbereitet.

Wir rennen von unserem Haus weg, in dem ich die letzten Tage gemeinsam mit Akti-

vist:innen gelebt hatte. Es fliegen Steine. Glasgeklirr, Feuergeruch. Meine Bezugsgruppe und ich sitzen seit fünf Stunden im Kreis in einer Holzstube mitten im Dorf, wir halten uns an den Händen. Es hämmert an der Tür. „Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Sie hier Widerstand leisten!“

Ich habe hier nie eine Presseweste oder eine Akkreditierung bei mir getragen, um zu erleben, was mit Menschen passiert, die hier protestieren. Kurz darauf geht die Tür auf, ich sehe wie jemanden von einem Polizisten der Kopf nach hinten gedrückt wird. „Ich kann dir auch gleich den Finger brechen!“, ruft einer der Polizisten.

„Sie haben gehört, was ihr Kollege da zu mir gesagt hat?“, rufe ich zwei Polizisten draußen entgegen, die jetzt für mich zuständig sind. Das was ich tue, sei passiver Widerstand, wechselt einer der Polizisten das Thema. Aktiver Widerstand wäre, wenn ich mich beim Raustragen hängen lasse. Und dann müssten sie härter zugreifen. Ich hab's probiert. Zwei Sekunden. Dann hat es zu sehr weh getan.

Immerhin fand dann irgendetwas in mir die Idee besonders originell, genau jetzt mit den zwei Polizisten eine Diskussion über diesen Protest zu führen. Dass es doch falsch wäre, dieses Dorf für den Braunkohleabbau plattzumachen.

Zwei Stunden später sitze ich in einem Auto, mit Leuten, die mich für die Nacht in ein legales Protestcamp fahren. Immer mehr Polizeiwagen, Wasserwerfer und ein Räumpanzer fahren an uns vorbei. Räumpanzer und Tausende Polizist:innen, die einen Protest zerschlagen sollen, der auf eine politische Fehleinscheidung hinweist.

„Und was wäre, wenn ich wieder reingehe?“, hatte ich den Polizisten gefragt als er mich zum Zaun geschafft hat. „Das schaffst du nicht!“, entgegnete er mir.

Dann gingen sie zurück ins Dorf und vor dem Zaun verabschiedete ich meine Bezugsgruppe. Mein Zeit in Lützerath ist jetzt vorbei. Aron Boks